Bericht aus Berlin – Nr. 10 vom 08. April 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

es sind erschütternde und ***schier unerträgliche Berichte und vor allem Bilder***, die uns in den letzten Tagen aus den von russischen Besatzungstruppen ***befreiten Städten und Dörfern der Ukraine*** erreichen. Es scheint, als hätten die russischen Truppen jeglichen Maßstab verloren und ihren ohnehin bereits seit längerem stattfindenden Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Ukraine auf ein unfassbares Maß ausgedehnt. Menschen zu jagen, zu foltern, zu vergewaltigen und geradezu hinzurichten sind grauenhafte Verbrechen. Die russischen Erklärungsversuche, es handele sich dabei um gestellte Szenen und die zu sehenden Opfer seien lediglich Schauspieler, sind an Zynismus kaum zu überbieten. Auch wenn es sicher noch zu früh ist, hier endgültig über die Täter urteilen zu können, so ***bleibt den Demokratien des Westens nun langsam endgültig nichts mehr anderes übrig, als über noch härtere Sanktionen und weitere Maßnahmen gegenüber Russland nachzudenken.*** Dabei darf ***auch ein Boykott russischer Rohstoffe, insbesondere im Bereich der Energie*** – also Erdöl und Erdgas – kein Tabu mehr sein. Uns allen ist klar, ***dass das nicht von heute auf morgen geschehen kann***, aber als Signal wäre es unmissverständlich. Bis jetzt ist es Deutschland bereits gelungen, den Anteil von russischem Öl an den Gesamt-Importen von Öl nach Deutschland von 35 % auf knapp 15 % zu drücken – und auch bei der eingeführten Kohle ist der russische Anteil massiv gesunken. Nun gilt es schnellstmöglich einen ***Ausweg aus der Abhängigkeit von russischem Gas*** zu finden.

Eines der noch „harmloseren" Bilder aus Butscha, das trotzdem massivste Zerstörungen zeigt.

Ein anderer Bereich, in dem wir nun aufgrund dieser jüngsten Entwicklung wohl stärker als bislang in den Krieg und die damit verbundenen Auseinandersetzungen eingreifen müssen, ist jener der ***direkten Unterstützung der Ukraine.*** Insbesondere im Bereich der ***Lieferung von Waffen und anderer militärischer Ausrüstung*** muss es für uns als freiheitliches Land eine Selbstverständlichkeit sein, den Kampf der Menschen in der Ukraine gegen Russland – und insbesondere ***für unsere europäischen Werte und die Freiheit*** im Allgemeinen zu unterstützen. Ganz konkret können wir hier beispielsweise durch die Lieferung von Schützenpanzern oder Raketenwerfern des Typs MARS (Multiple Launch Rocket System) sowie durch die Überlassung von Waffen und Waffensystemen, wie unter anderem von Polen vorgeschlagen von MIG 29-Kampfflugzeugen, ***klare Signale setzen.***

Gerade dies scheint nun aber nicht zu geschehen. Trotz klarer Ansagen und großspuriger Ankündigungen von höchster Stelle, vor allem in der Bundestags-Sondersitzung nach Kriegsausbruch Ende Februar, ***gibt Deutschland bei der Unterstützung der Ukraine ein – gelinde gesagt – beschämendes Bild ab.*** Dies bestätigte sich auch in der dieswöchigen Regierungsbefragung, als Bundeskanzler Scholz auf klare Fragen oftmals nur ausweichend antwortete oder sogar schwieg. Ich halte das für mehr als bedenklich!

Und auch ***den direkten Opfern von Krieg und Vertreibung muss noch umfassender und besser geholfen werden,*** als bislang. Das große Engagement vieler Freiwilliger und Hilfsorganisationen ist absolut lobens- und wünschenswert. Aber leider ***versagt der Bund hier in vielen Bereichen voll und ganz.*** Es gibt fehlt an Koordinierung zwischen den beteiligten Stellen, ebenso wie an einer klaren Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen – gerade auch bei der Verteilung der Flüchtlinge. ***Dabei müssten hier alle staatlichen Institutionen an einem Strang ziehen***, das wären sie insbesondere den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern schuldig! Aber Deutschland scheint bedauerlicherweise seine Lektionen aus der Flüchtlingskrise von 2015 nicht gelernt zu haben. So ist es – wie gesagt ausschließlich auf offizieller Ebene – erbärmlich und beschämend, was geschieht. Wichtig wäre zudem endlich ***eine umfassende Registrierung der Flüchtlinge.*** Nicht aus bürokratischen Gründen, sondern um Frauen und Kinder vor Ausbeutung oder Menschenhandel zu schützen! **Hier muss sich rasch Vieles zum Besseren wenden!**

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Keine Zustimmung zur Impfpflicht – Ampel-Koalition ist krachend gescheitert

Obwohl ich mich ***bereits mehrfach öffentlich klar gegen eine Impfpflicht positioniert*** habe, wurde ich in den letzten Tagen und Wochen von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern auf verschiedenen Wegen aufgefordert, einer Impfpflicht nicht zuzustimmen. ***Dies habe ich in den entscheidenden Abstimmungen gestern Vormittag auch nicht getan, sondern mit „Nein" gestimmt.*** Somit bin ich bei meiner Meinung geblieben, denn ich habe bereits der Einführung der sektorbezogenen Impfpflicht Ende des vergangenen Jahres nicht zugestimmt und ***sehe auch weiterhin*** – und das gilt auch für die absehbare Zukunft – ***keine Notwendigkeit für eine Impfpflicht,*** in welcher Form auch immer! Ich halte diese für ***schlicht unverhältnismäßig und auch nicht zielführend.*** Hinzu kommen ***gesellschaftspolitische Bedenken.*** Meine Zustimmung fand dagegen der Vorschlag der Unionsfraktion für ein ***Impfvorsorgegesetz***, welcher zum aktuellen Zeitpunkt eben keine Impfpflicht umfasst.

Im Gegensatz zu vielen der anderen Anträge ***bietet das Impfvorsorgegesetz passgenaue Maßnahmen – für alle etwaigen zukünftigen Entwicklungen.*** Diese umfassen als Basis für zukünftige Regelungen die Einführung eines Impfregisters und die Intensivierung der Impfkampagne, um auf freiwilliger Basis mehr Impfungen zu erreichen. Darüber hinaus soll das so genannte ***Stufenmodell des Impfmechanismus*** aktiviert werden und die Bundesregierung verpflichtet werden, in regelmäßigen Abständen über die Corona-Situation zu informieren. So wären wir für eine nicht auszuschließende neue und gefährliche Variante gerüstet.

Symbolbild

Wir am See

Zu Besuch beim Zukunftsunternehmen ZF in Friedrichshafen

Am Donnerstag vergangener Woche war ich zu Gast bei der ZF Friedrichshafen AG. Dort haben mir ***Christoph Horn, Leiter der Konzernkommunikation und Kai Lücke, Leiter der Außenbeziehungen,*** die Konzernstrategie des weltweit agierenden Unternehmens dargestellt. So liegt der ***Schwerpunkt in Zukunft*** nicht mehr bei den klassischen Verbrenner-Getrieben, die nun nicht mehr weiterentwickelt werden, sondern ***bei Elektro- sowie Hybridantrieben sowie hochmodernen Fahrassistenzsystemen,*** mit welchen sich ZF zukünftig am Markt durchsetzen will. Aktuell spürt man zwar auch massive Lieferengpässe hier vor Ort, aber auch in der Corona-Zeit blieben die Unternehmens-Zahlen deutlich im schwarzen Bereich. Zudem brauche man sich für den Fall, dass Hybridantriebe eine Zukunft haben, um ***die Standorte in Deutschland keine Sorgen machen müsse.*** Und auch das Autonome Fahren ist für ZF ein Zukunftsmarkt. So freue ich mich auf den dort entwickelten „People Mover" auf deutschen Straßen.

Mit Kai Lücke vor einem Formel E-Fahrzeug mit ZF-Antrieb

Festakte im Wahlkreis: Bundesverdienstkreuz für Professor Dr. Schöbel und 50 Jahre Salem mit Einweihung der Neuen Mitte

In der vorletzten Woche – meiner jüngsten Wahlkreiswoche – gab es in der Bodenseeregion einige erfreuliche Ereignisse zu feiern. So erhielt am Montag vergangener Woche ***der Direktor des Pfahlbaumuseums, Prof. Dr. Gunter Schöbel*** *für seine Arbeit und für sein gesellschaftliches Engagement* ***das Bundesverdienstkreuz.*** Dieses wurde ihm von der baden-württembergischen ***Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, Nicole Razavi MdL*** überreicht. Bei der wirklich kurzweiligen Veranstaltung im Welterbesaal in Unteruhldingen waren auch mein Landtagskollege Klaus Burger, der sich für eine enge Vernetzung der Tourismusdestinationen Bodensee und Sigmaringen einsetzt, sowie der Chef des Landesdenkmalamtes Claus Wolf anwesend.

Das vergangene Wochenende stand dann ***voll und ganz im Zeichen Salems.*** Am Freitagabend wurde zunächst im Rahmen eines Festabends im Gemeindezentrum Prinz Max an die Gründung der Gemeinde Salem vor nunmehr 50 Jahren erinnert. Am Samstagvormittag folgte dann ***die feierliche Einweihung der Neuen Mitte Salems*** am Schlosssee. Ich persönlich finde die Neue Mitte sehr ansprechend und gratuliere der Gemeinde Salem und ihrem Bürgermeister Manfred Härle ganz herzlich dazu.

Gute Stimmung in Uhldingen-Mühlhofen und in Salem

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Wir am See

Streik der Ärztinnen und Ärzte am Klinikum Friedrichshafen für bessere Arbeitsbedingungen

Am Donnerstag vergangener Woche hatte die Ärztegewerkschaft Marburger Bund alle Mediziner an kommunalen Kliniken dazu aufgerufen, die Arbeit für einen Tag niederzulegen. Da diesem Aufruf auch viele Ärzte des Klinikum Friedrichshafen folgten, nutzte ich die Gelegenheit, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Hintergrund des Streiks sind Verhandlungen zwischen dem Marburger Bund und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeber (VKA) um ***bessere Arbeitsbedingungen*** für Ärzte. Diese ziehen sich nun schon über ein halbes Jahr lang hin. Dabei geht es auch um mehr Geld, allerdings ist den Ärztinnen und Ärzten ***ein Mehr an freier Zeit*** deutlich wichtiger. Denn durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen hat sich die Situation noch weiter verschärft: ***Dienst folgt auf Dienst, das Familienleben kommt zu kurz und die Arbeits- und Lebensfreude sinkt.*** Klar ist eigentlich allen Beteiligten, dass unser ***Gesundheitssystem grundlegend umgekrempelt werden muss.*** Denn nicht nur Corona sondern auch der demografische Wandel – einhergehend mit einem immer größer werdenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft – werden die Situation, insbesondere auch die Versorgung an Medizinern sowie auch an Pflegekräften weiter verschärfen. Ein wichtiges Anliegen war den Medizinerinnen und Mediziner übrigens, ***dass trotz des Streiks die Notversorgung aufrechterhalten wurde und niemand einen Schaden aufgrund des Streiks zu befürchten hatte, da alle Beteiligten ihren Verpflichtungen nachkamen.***

Eindrücke vom Ärztestreik am Klinikum Friedrichshafen Fotos: Bernhard Wrobel

Fakten und Meinungen

Weitere Themen der Woche

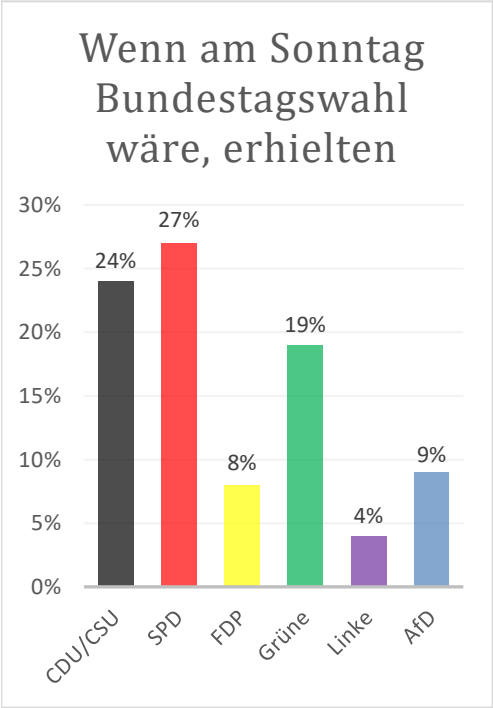
Debatte über einen Bonus für Pflegekräfte

In so genannter ***Erster Lesung***, der üblichen ersten Debattenrunde eines Gesetzentwurfs, diskutierten wir in dieser Woche auch über den **von der Bundesregierung geplanten Pflegebonus.** So sehr und ausdrücklich ich die ***zusätzliche Anerkennung für die Beschäftigten im Pflegebereich unterstütze, so ungenügend und bürokratisch ist der nun vorgelegte Entwurf.*** So werden bestimmte Berufsgruppen wie z.B. Beschäftigte im Rettungsdienst ***überhaupt nicht berücksichtigt.*** Das ist meiner Meinung nach nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund hat die ***Unionsfraktion einen eigenen Entwurf*** erarbeitet, in welchem wir ***Vorschläge machen, wie der Bonus besser und vor allem gerechter ausgestaltet werden kann, vor allem durch die Ausweitung des Empfängerkreises.***

Finanzielle Entlastung der Bürger ist dringend notwendig!

Sowohl die Corona-Pandemie als nun auch der Ukraine-Krieg mit seinen massiven und leider auch recht umfassenden Auswirkungen belasten die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sehr stark. Dass die Parteien der „Ampel-Koalition“ bezüglich einer entsprechenden Entlastung oder Unterstützung sehr unterschiedliche Ansätze haben, zeigt sich nun wieder einmal beim Entwurf des nun vorgelegten Steuerentlastungsgesetzes 2022. ***Dieses verdient seinen Namen leider absolut nicht.*** Dabei besteht dringender Handlungsbedarf! Die nach der Corona-Pandemie erwartete ***wirtschaftliche Erholung wird durch den Krieg Russlands in der Ukraine ausgebremst – bevor sie überhaupt richtig starten konnte*** – und auch die dadurch befeuerte ***Inflation belastet uns alle stark.*** Daher stellen wir als Union hier einen Antrag entgegen, der weitergehende sinnvolle Maßnahmen fordert.

AKTUELLE UMFRAGE
„Wäre am Sonntag Wahl!“



Quelle: Forsa, 05.04.2022

Zitat der Woche

„Eine allgemeine Impfpflicht, wie sie Bundeskanzler Scholz und Bundesgesundheitsminister Lauterbach vorschlagen, halte ich jedoch für politisch falsch und rechtlich unzulässig.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Thorsten Frei zur Debatte um eine Impfpflicht.

Kleine Terminauswahl

Sa.,	**09.04.2022**	**Jahreskonzert der Stadtkapelle Überlingen.**
Mo.,	**11.04.2022**	**Video-Konferenz mit Vertretern von „Obst von Bodensee“.**
Di.,	**12.04.2022**	**Ortsjahreshauptversammlung der CDU Ailingen.**
Do.,	**14.04.2022**	**Ochsengeschwätz der CDU Überlingen.**